

Politische Bildung im Bildungsurlaub

Abschied von der Arbeiterbildung?

DR. KLAUS DERA

Hat mit dem „Abschied vom Proletariat“ auch die Arbeiterbildung stillschweigend ein Ende gefunden? Auf den ersten Blick wird man diese Frage zweifellos uneingeschränkt bejahen müssen. Ein Vergleich von ehemaligen und heutigen Seminarkonzeptionen legt jedoch eine differenziertere Beurteilung nahe, obwohl der Begriff selbst bereits der Geschichte anzugehören scheint.

Mit dem Bildungsurlaubsgesetz in Niedersachsen nahm die Diskussion um die politische Arbeiterbildung zunächst einen neuen Aufschwung. Für die im Gesetz vorgesehenen einwöchigen Bildungsveranstaltungen mußten inhaltliche und didaktische Konzeptionen entwickelt werden. In der HVHS Hustedt wurden ab 1975 zahlreiche BU-Modellseminare durchgeführt. 1978 wurden diese und andere Erfahrungen von der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben zu einem „Bildungsurlaubs-Grundkurs“ zusammengefaßt.

Dieser Grundkurs sollte als Einstieg in eine politische Arbeiterbildung dienen, die verschiedene Themenbereiche aus Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft umfaßte.

Der Titel lautete:

„Unter welchen Bedingungen leben und arbeiten Arbeitnehmer in der Bundesrepublik?“

Das Konzept orientierte sich an dem vorgegebenen Ablauf einer 5-tägigen Bildungsurlaubswoche und enthielt die folgende Themenfolge:

1. **Seminareinstieg (Einführung in das Thema),**
2. **Der Betrieb als Konfliktort,**
3. **Interessenkonflikte im Betrieb - ihre Ursachen und die Notwendigkeit von Gewerkschaften,**
4. **Lebensbedingungen von Arbeitnehmern am Beispiel Bildung und Gesundheit.**
5. **Gewerkschaftliche Interessenvertretung in Betrieb und Gesellschaft.**

Der angestrebte Lernprozeß orientierte sich wiederum an methodisch-didaktischen Überlegungen, die als sogenannter Erfahrungsansatz in die Bildungsarbeit der Gewerkschaften eingegangen sind. Die Arbeitsgruppe formulierte als Anforderung an den Seminareinstieg: „Anknüpfungspunkt für den Einstieg sind die Erfahrungen der Teilnehmer“ und: „Für den Grundkurs mit den Schwergewichten auf der Arbeits- und Lebenssituation bedeutet dies konkret, daß beim Einstieg der kollektive Betroffenheitscharakter von Erfahrungen in Betrieb, Familie und Gesellschaft (hier beispielhaft an den Bereichen Bildung und Gesundheit) herausgestellt werden muß.“ Das Anknüpfen an den Erfahrungen sollte demnach nicht auf die Einstiegsphase begrenzt werden, sondern galt als konstituierendes Merkmal des gesamten Seminarprozesses.

Dieser Ansatz prägt auch die Auswahl und die Form der zu vermittelnden Inhalte. Günther Altmann, der damalige pädagogische Leiter von Arbeit und Leben, formulierte dies in seiner Einlei-

tung zum Grundkurs folgendermaßen: „Der Bildungsurlaubsgrundkurs hat das Ziel, die Teilnehmer zu befähigen, ihre Interessen als Arbeitnehmer - sei es im Betrieb oder im übrigen gesellschaftlichen Bereich - zu erkennen und entsprechend zu handeln. Ziel des Bildungsurlaubs ist es auch, ein soziales Lernklima zu schaffen... Die inhaltlichen Schwerpunkte des Grundkurses liegen bei der Aufarbeitung der Arbeitsbedingungen und den daraus resultierenden Problemen... Es ist nicht Aufgabe des Kurses, genau über arbeitsrechtliche und betriebsverfassungsrechtliche Bestimmungen zu informieren!“ Das Ausrufezeichen an dieser Stelle sollte vermutlich zum Ausdruck bringen, daß dieser Grundkurs eines auf keinen Fall sein sollte, nämlich ein „Fachseminar“ für Gewerkschafter und Interessenvertreter. Hierzu wird von Günther Altmann auf andere Seminarangebote verwiesen.

Mit diesen nur sehr kurzen Hinweisen werden im Grundkurs von 1978 dennoch einige wesentliche Positionen zur politischen Arbeiterbildung skizziert:

- ◆ Sie soll sich an den Erfahrungen der Teilnehmenden orientieren,
- ◆ Sie soll eine „kollektive Betroffenheit“ herausstellen und ein „soziales Lernklima“ erzeugen,
- ◆ sie soll gemeinsame Interessen in Betrieb und Gesellschaft erkennbar werden lassen,
- ◆ sie soll die Teilnehmenden befähigen, „entsprechend zu handeln“
- ◆ und sie soll sich schließlich nicht auf die Vermittlung von rechtlichem oder sonstigem Fachwissen beschränken.

Diese Positionen können auch heute noch als eine Grundanforderung an politische Bildungsprozesse gelten.

Wenn dennoch im Vergleich mit heutigen Seminarkonzepten ein Wandel

* Dr. Klaus Dera, Stellv. Schulleiter der Heimvolkshochschule Hustedt



auszumachen ist, so bezieht sich dieser nicht auf die Ziele und nur teilweise auf die Inhalte, sondern überwiegend auf die Methoden. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß in den Gewerkschaften von 1978 bis in die jüngste Zeit durchaus Debatten geführt wurden, die auf eine grundsätzliche Umorientierung der Ziele und Inhalte zusteuerten. Insbesondere führte der Zusammenbruch der sozialistischen Welthälfte zu Beginn der 90er Jahre zu einer vorübergehenden Orientierungskrise: In Verbindung mit der Globalisierungsentwicklung, der Standortdebatte und dem sozialen Wandel schienen zeitweilig gesellschaftliche Interessengegensätze - die einen inhaltlichen Schwerpunkt politischer Arbeiterbildung bildeten - aus dem Blick zu geraten. Mit dem Frontalangriff der Arbeitgeber auf den Sozialstaat seit Mitte der 90er Jahre und dem zunehmenden Umverteilungsskandal auf Kosten der Gesellschaft sind die bestehenden Interessengegensätze jedoch wieder deutlicher denn je hervorgetreten.

Dennoch kann politische Bildung heute nicht umstandslos an allen Überlegungen anschließen, die vor 25 Jahren formuliert wurden. Die politischen und sozialen Veränderungen haben auch bei den Teilnehmenden Spuren hinterlassen, die nicht einfach ignoriert werden können. So ist beispielsweise die von Soziologen festgestellte Differenzierung der Lebensstile und die damit im Zusammenhang stehende Individualisierung seit den 70er Jahren weiter fortgeschritten. Dies betrifft nicht nur die Bevölkerung im allgemeinen, sondern die traditionelle Arbeiterschaft im besonderen.

Gerade hier hat die 3. Industrielle Revolution die einschneidendsten Veränderungen verursacht und soziale Umbrüche ausgelöst. Die schon in den 70er Jahren nur noch rudimentär vorhandene kollektive Orientierung der Industriearbeiter ist heute nur vereinzelt als historische Reminiszenz auffindbar. Spontane Wiederbelebungen dieser Orientierung z.B. in akuten Streiksituationen ändern diesen sozialen Grundsachverhalt nicht.

Diese Auflösung kollektiver Identität der traditionellen Industriearbeiterschaft kann jedoch andererseits nicht zu der voreiligen Schlußfolgerung führen, daß sich damit auch jedes gemeinsame Betroffenheitsbewußtsein aufgelöst hat. Es hat sich statt dessen erweitert, das heißt, es greift über die jeweilige berufliche/soziale Stellung hinaus. Ein Indiz für diese Annahme ist die Tatsache, daß die in den 70er Jahren noch heftig diskutierte soziale Differenzierung zwischen Arbeitern und Angestellten heute kaum noch konkret dingfest gemacht werden kann. Dies hängt nicht nur zusammen mit der ökonomischen Eliminierung vieler ehemaliger Standesunterschiede und der sozialen Angleichung der Lebensbedingungen. Ein gemeinsames Betroffenheitsbewußtsein resultiert auch daraus, daß soziale Gefährdungspotentiale heute gesamtgesellschaftliche Dimensionen annehmen und große Teile der Bevölkerung gemeinsam betreffen. Massenarbeitslosigkeit ist beispielsweise kein typisches Arbeiterschicksal, sondern gefährdet die Existenzgrundlagen unterschiedlicher sozialer Schichten bis hinein in die mittleren und höheren Führungsebenen.

Der Begriff Arbeiterbildung wurde im Zuge dieser Entwicklung zunehmend problematisch. Schon der Grundkurs von 1978 behilft sich in seinem Titel mit dem Kompromiß „Arbeitnehmer“. Heute hat sich der Terminus Politische Bildung (oder teilweise Grundlagenbildung) durchgesetzt. Mit dieser eher neutralen Bezeichnung ist jedoch kein Abschied von interessenorientierten Inhalten verbunden. Es bringt lediglich zum Ausdruck, daß diese interessenorientierten Inhalte nicht wie ehemals auf die soziale Schicht der Arbeiter begrenzt werden können. Dies bestätigt sich in der Seminarpraxis: Angestellte, die in den 70er

Jahren in Arbeiterseminaren oft noch einen ernsthaften Störfaktor darstellten, werden heute in aller Regel umstandslos integriert. Ehemalige soziale Unterschiede haben sich auf die Form der Leistungsbemessung reduziert: Lohn oder Gehalt. Und aus diesem Unterschied resultieren allenfalls nur noch eher gutmütige gegenseitige Frotzeleien, die ihren Witz gerade aus dem Umstand herleiten, daß sie sich auf herkömmliche, heute überholte Standesunterschiede beziehen.

Ein grundsätzlicher Wandel der Ziele und Inhalte ehemaliger Arbeiterbildung ist trotz dieser Entwicklungen also nicht zu verzeichnen. Und auch viele der damals bevorzugten Arbeitsformen haben sich bis heute bewährt, nämlich das Team-Prinzip, die weitgehend selbständige Arbeit in Kleingruppen und die Bevorzugung von Lehrgesprächen gegenüber Referaten. Die Erzeugung eines sozialen Lernklimas ist nach wie vor ein wesentliches Element politischer Bildungsprozesse geblieben. Das spricht durchaus für die Qualität der frühen Arbeiterbildungs-Konzeptionen, die teilweise mit einem erheblichen theoretischen Aufwand erstellt wurden, die aktuelle pädagogisch-didaktische Entwicklungen aufgriffen und bewährte Traditionen fortführten.

Beim Durchblättern heutiger Seminar-konzepte fällt zunächst auf, daß sich ein Wandel vornehmlich an einer weiteren Lockerung des pädagogischen Prozesses konstatieren läßt. Politische Bildung hat eine orientierende, keine belehrende Funktion. Sie zielt auf Bewußtseinsbildung, nicht auf Kenntnisvermittlung im Sinne von Fachwissen. Diese Zielsetzung ist in den 80er Jahren weiter verfolgt und methodisch präzisiert worden. Insbesondere der Bildungsurlaub stellte ein breites Experimentierfeld für unterschiedlichste Formen der Seminar-gestaltung dar, obwohl die Gesetzgebung durch Novellierungen Grenzen zog, die sich an teilweise engen Vorstellungen eines traditionellen Unterrichts orientierten.

Auch in den Gewerkschaften fand zu dieser Zeit ein breiter Diskussionsprozeß über die politische Grundlagenbildung statt, in dem die bestehenden Schulungskonzepte einer kritischen Prü-

fung unterzogen wurden. Die oft noch starre curriculare Ausrichtung verschiedener Seminarkonzepte wurde weitgehend aufgehoben. Mit der Hervorhebung der Orientierungsfunktion der Grundlagenbildung war eine schrittweise Öffnung der Seminarinhalte und insbesondere auch der Methoden verbunden.

ARBEIT UND LEBEN und die Heimvolkshochschulen waren an diesen Diskussionen ihrer gewerkschaftlichen Partnerorganisationen beteiligt und konnten aus ihrer pädagogischen Praxis wesentliche Impulse einbringen. Als ein Beispiel dieser gemeinsamen Arbeit kann ein Seminar der HVHS Hustedt herangezogen werden, das 1997 in Zusammenarbeit mit der IG Metall entstand. Der Titel lautet:

„Moderne Zeiten: Erholungspark oder Marionettentheater?“

Die bildungsurlaubs-typische Aufteilung in fünf inhaltliche Schwerpunkte ist hier bereits nicht mehr ausfindig zu machen. Der Ablauf ist wie folgt aufgebaut:

1. **Vorstellungsrunde: „Wer bin ich?“ (Heiteres Beruferaten)**
2. **Einstieg: „Mein Alltagsleben“ (Skizze des Ablaufs eines Arbeitstages)**
3. **Werbeanzeigen-Analyse: „Wie eine Meinung in einem Kopf entsteht“ (Wünsche und Utopien in der Medienindustrie)**
4. **„Das Tor zur Arbeit“ - Collage (Wie im Betrieb eine Meinung entsteht.)**
5. **„Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit?“ (Tageszeitungsanalyse)**
6. **„Wenn ich König von Deutschland wär'...“ - Planspiel (Alternativ-Entwürfe für ein Modernes Deutschland)**
7. **„Was ist zu tun?“ (Wir organisieren unsere Interessen)**

Ähnlich wie im Grundkurs von 1978 geht es auch hier um eine Analyse gesellschaftlicher Interessen und um die Entwicklung eines eigenen Standortes. Dabei steht aber die weitgehend selbständige Untersuchungsarbeit der Teilnehmenden im Mittelpunkt des Seminarverlaufs. Im Leitfaden für ReferentInnen wird dies wie folgt beschrieben:

Die Teilnehmenden sollen einen Einblick in gesellschaftliche Zusammen-

hänge gewinnen, einen eigenen Standort entwickeln und die Möglichkeiten solidarischen Handelns kennenlernen.

Solche Ziele lassen sich jedoch nicht einfach durch fleißiges Lernen umstandslos „eintrichtern“. Die Teilnehmenden sind keine Schüler, sondern erwachsene Menschen mit einer entsprechenden Lebenserfahrung, mit Kenntnissen, Meinungen und Orientierungen.

Insofern kann ein Seminar nicht ablaufen wie ein herkömmlicher Schulunterricht. Zwar sollen die Teilnehmenden auch etwas dazulernen, aber zunächst einmal geht es darum, daß sie sich gemeinsam mit anderen über ihre beruflichen, gesellschaftliche und soziale Lage verständigen und entsprechende Schlußfolgerungen ziehen.

Das Seminar dient also dazu, daß sich unsere Teilnehmenden einen orientierenden Überblick über aktuelle Problemlagen unserer Gesellschaft verschaffen und Lösungsperspektiven kennenlernen. Dazu ist es nötig, einen Einblick in die Ursachen solcher Probleme zu gewinnen. Unser Seminar vermittelt also Politische Bildung.

Dies erweist sich schon deshalb als notwendig, weil unsere gesellschaftliche Wirklichkeit zunehmend unübersichtlicher wird und sich einfachen Erklärungsmustern entzieht. Unter dem Stichwort „Globalisierung“ vollzieht sich gegenwärtig ein Prozeß, in dem Probleme vor der eigenen Haustür immer stärker mit weltweiten Entwicklungen vernetzt sind. Regionale und lokale Ereignisse sind immer häufiger Auswirkungen von Entscheidungen, die in anderen Ländern und Kontinenten getroffen werden.

Ein Seminar der politischen Bildung muß sich diesen Entwicklungen stellen und ihre Ursachen und Auswirkungen analysieren und politisch bewerten. Nur über diesen Weg läßt sich ein Zusammenhangswissen gewinnen, das für die politische Orientierung zunehmend



wichtiger wird. Ohne dieses Wissen wird eine kompetente Beurteilung aktueller sozialer Probleme immer schwieriger.

Deshalb konzentriert sich das Seminar auf die Aufgabe, Zusammenhänge herzustellen. Es werden unterschiedliche Bereiche des öffentlichen Lebens - der normale Alltag, die Medien, die Politik, die Arbeit und die Freizeit - auf solche Zusammenhänge hin untersucht. Die zentrale Fragestellung lautet, welche gesellschaftlichen Interessen in diesen Bereichen wirksam sind, welche Auswirkungen das hat und welche Folgerungen daraus zu ziehen sind.

Zur Charakterisierung des Bildungsprozesses läßt sich feststellen, daß die Teilnehmenden vor Untersuchungsaufgaben gestellt werden, die sie selbständig in verschiedenen Gruppen lösen und schließlich vergleichend auswerten. Die ReferentInnen bereiten die benötigten Unterlagen und Materialien vor, stehen beratend zur Verfügung und moderieren die Plenumsdiskussionen. Sie sind jedoch keineswegs - wie in verschiedenen Moderationskonzepten - zu einer inhaltlichen Enthaltsamkeit verurteilt, sondern bringen ihre Positionen in die Diskussion mit ein.

Das Ergebnis ist ein weitestgehend „herrschaftsfreier Diskurs“ über gesellschaftliche Entwicklungen, über deren soziale Auswirkungen und über mögliche Handlungsperspektiven. Da es sich um ein Seminar in Zusammenarbeit mit einer Gewerkschaft handelt, stehen deren Handlungsmöglichkeiten naturgemäß im Mittelpunkt. Vorformulierte Positionen stoßen jedoch auf Ablehnung und werden als unzulässige Indoktrination betrachtet, wenn sie mit dem Anspruch auf widerspruchsfreie Zustimmung auftreten. Das ist vermutlich keine

gänzlich neue Erscheinung, aber sie wird seit einigen Jahren zunehmend deutlicher formuliert.

Abschließend ist also festzustellen, daß auch nach dem Abschied vom traditionsreichen Begriff der „Arbeiterbildung“ einige ihrer wesentlichen Ziele erhalten geblieben sind. Das kann kaum verwundern, denn bei aller „Modernisierung“ hat sich an den privatkapitalistischen Existenzbedingungen der Masse der Bevölkerung und den daraus resultierenden sozialen Folgen wenig geändert. Arbeiterbildung hatte seit ihrer Entstehung eine gesellschaftliche Utopie im Blick, die es auch heute noch zu verwirklichen gilt. Und wenn sich Politische Bildung mehr denn je als ein weitgehend offenes Diskussionsforum bewähren muß, dann muß sie daran keinen Schaden nehmen. Wo sonst können die Teilnehmenden „mehr Demokratie wagen“ lernen?

Mit diesem Fazit sollte dieser Artikel eigentlich schließen. Aber einige kritische Einwände liegen zu deutlich auf der Hand, als daß sie einfach übergangen werden könnten. Lebt die Arbeiterbildung heute unter anderen Namen wirklich munter weiter? Ganz so ist es nicht. Um die gesellschaftsverändernden Positionen, die der Arbeiterbildung in den 70er Jahren aufgebürdet wurden, ist es in den letzten Jahren recht still geworden. Aus heutiger Sicht stellen sie eher eine maßlose Überschätzung der Wirksamkeit von Bildungsarbeit dar. Heute werden viel kleinere Brötchen gebacken. Ob diese „realistische Wende“ geeignet ist, dennoch einen Beitrag für

ein interessenorientiertes Handeln zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in dieser Gesellschaft zu leisten, wird sich zeigen müssen.

Und die Adressaten? Besteht heute ein wachsender Bedarf an politischer Bildung? Ganz so ist es auch hier nicht. Es gibt keinen „freien Markt“ für politische Bildung als solcher. Politische Bildung hat auf den ersten Blick weder einen hohen Unterhaltungswert noch vermittelt sie unmittelbar verwertbare Qualifikationen wie die berufliche Weiterbildung. Das wußten schon die Initiatoren der niedersächsischen Bildungsurlaubs- und Erwachsenenbildungsgesetze, die deshalb für die politische Bildung eine besondere finanzielle Förderung vorsehen haben. Andererseits soll jedoch auch die politische Bildung an den sogenannten „Bildungsbedürfnissen der Erwachsenen“ orientiert sein. Nun besteht zwar an politischer Bildung ein offensichtlich großer gesellschaftlicher Bedarf, aber nur ein geringes individuelles Bedürfnis.

Wie ist dieses Problem zu lösen? Mehr als 20 Jahre Bildungsurlaubserfahrungen haben gezeigt, daß das Grundkursstadium von 1978 heute vor leeren Stühlen stattfinden würde. Und auch das Thema von 1997 garantiert allein noch keinen vollen Unterrichtsraum.

Politische Bildung ist auf ein Zusammenwirken mit gesellschaftlichen Organisationen damals wie heute angewiesen. Und auch in dieser Zusammenarbeit sind politische Bildungsangebote nur dann erfolgreich, wenn sie sich an den praktischen Alltagsanforderungen

und an den Interessenlagen der Teilnehmenden orientieren. Ein Blick in heutige BU-Programme zeigt, daß die Angebote ein breites Spektrum bis hin zu Seminaren mit einem sogenannten „Erlebnischarakter“ umspannen. Erwachsenenbildung beruht auf dem Freiwilligkeitsprinzip, deshalb muß auch politische Bildung zunächst einmal Interesse wecken. Und das gelingt nicht mit einer trockenen Institutionen- und Organisationskunde. Der soziale Wandel der letzten zwanzig Jahre und die damit verbundenen veränderten TeilnehmerInnenerwartungen haben solche Angebote heute zum Scheitern verurteilt.

Die politische Bildung muß an dieser Entwicklung jedoch keineswegs scheitern. Es ist gar nicht einzusehen, warum politische Bildung nicht auch interessant, spannend und mit einem Erlebniswert verbunden sein sollte. Wer Kreativität und Phantasie aus der politischen Bildung verbannen möchte, verfolgt offensichtlich andere als pädagogische Absichten. Eine den Gewerkschaften nahestehende Einrichtung wie die HVHS Hustedt hat wenig Gründe, sich von ihrem Auftrag der politischen Bildung zu verabschieden. Statt dessen hat sie Grund genug, ihr politisches Bildungsangebot auf breite Themenfelder auszuweiten und aktuell, teilnehmerInnenorientiert und problembezogen zu gestalten. Und daß auch eine Fußball-Weltmeisterschaft ein relevantes politisches Bildungsthema sein kann und sein sollte, haben die Ausschreitungen deutscher Hooligans in Frankreich wohl hinreichend bewiesen.